



Könnte der Schweizer Bevölkerungsschutz ein Ukraine-Szenario durchstehen?

Der Bund behandelte das Risiko Krieg bisher als Kuriosum – eine Studie empfiehlt mehr internationale Kooperation

GEORG HÄSLER, BERN

20 Prozent der Fläche der Schweiz sind besetzt, 1,7 Millionen Menschen müssten fluchtartig das Land verlassen, die freien Gebiete sind ständigen Raketenangriffen ausgesetzt, und das Kernkraftwerk Beznau ist in der Hand fremder Truppen. Die Autoren der Studie «zur Weiterentwicklung des Bevölkerungsschutzes der Schweiz» wählten ein apokalyptisches Szenario: Sie brechen die Lage in der Ukraine in einem ähnlichen Massstab auf die Schweiz herunter.

Das Papier entstand auf Initiative der Aargauer FDP-Nationalrätin Maja Riniker. Die Verfasser sind die Sicherheitspezialisten Daniel Heller und Andreas Heizmann. «Die Frage ist nicht, wie plausibel dieses Szenario ist», halten sie fest, «die Frage ist, ob die Schweiz über die Kraft und entsprechende Vorbereitungen verfügt, ein Szenario von ähnlicher Grössenordnung mit ähnlich vielschichtigen Auswirkungen durchzustehen».

Vorbereitung ist entscheidend

Es ging also darum, den Schweizer Bevölkerungsschutz einem theoretischen Stresstest zu unterziehen und die Mankos zu benennen. Wenig überraschend kommt die Studie zum Schluss, dass die Schweiz heute kaum darauf vorbereitet wäre, eine Situation mit einer ähnlichen Intensität wie den russischen Angriff auf die Ukraine durchzustehen. Nach dem Kalten Krieg hatte sich der Bund von der Idee der Gesamtverteidigung verabschiedet.

Die Armee und der Zivilschutz waren vor den 1990er Jahren darauf ausgerichtet, die Bevölkerung auch vor den Folgen eines Atomschlags zu schützen. Die Entmilitarisierung des Bevölkerungsschutzes führte so weit, dass in der Risikoanalyse des Bundes – im internationalen Vergleich sonst ein hervor-

ragendes Instrument – der bewaffnete Konflikt höchstens als Kuriosum abgehandelt wird. Eine Diskussion über die Auswirkungen eines Krieges war politisch unerwünscht.

In einer derart extremen Lage entscheidet allerdings die Vorbereitung über Leben und Tod. Die Studie zeigt eindrücklich, dass in den ersten Wochen des russischen Angriffs auf die Ukraine auch die meisten zivilen Opfer zu beklagen waren. Dies hängt zum einen mit der Schockwirkung des Überfalls und den Mängeln bei der Luftverteidigung zusammen. Zum andern wusste die Bevölkerung schlicht nicht, wo sie sich in Sicherheit bringen konnte.

Akteure besser vernetzen

Die Autoren leiten ihre Empfehlungen deshalb zu einem guten Teil aus den Erfahrungen der Ukraine ab. Ein Schwergewicht legen sie auf die Alarmierung, die Evakuierung und den Schutz der Zivilbevölkerung. Denn Angriffe mit Marschflugkörpern, die unter dem Radar fliegen, oder mit der Raketenartillerie, die auf grosse Distanz wirkt, sind schwer vorhersehbar. Die Vernetzung aller Akteure – Luftwaffe, Bodentruppen, Skyguide und Bevölkerungsschutz – zu einem Verbund sei deshalb ein Imperativ.

Die Autoren erneuern mit ihren Überlegungen den Geist der Gesamtverteidigung: Das System Schweiz nutzt bei einer Krise oder in einem Krieg alle seine zivilen und militärischen Ressourcen. Lange bevor der Begriff Public-private-Partnership ins Vokabular der Verwaltung aufgenommen wurde, arbeiteten in der Schweiz der Staat und die Unternehmen zusammen – nicht zuletzt, weil das Milizprinzip für eine hohe Durchlässigkeit sorgte.

Trotz jahrelanger Schönwetterphase sind die Fäden längst nicht überall gerissen. Eine Reaktivierung inklusive gemeinsamer Trainings dieses eidgenössischen Verbunds zur Bewältigung kriegerischer Ereignisse wäre in der Schweiz deshalb weniger schwierig als in den Nachbarländern. Die Idee der Studienautoren, die Leistungen von Nichtregierungsorganisationen und Freiwilligen über eine Plattform zu vernetzen, fügt sich ins System ein.

Maja Riniker, Mitglied der Sicherheitspolitischen Kommission des Nationalrats und Präsidentin des Schweizerischen Zivilschutzverbands, nutzt die Untersuchung, um eine Reihe konkreter Vorstösse zu begründen. Der Schweizer Bevölkerungsschutz soll wieder stärker auf die gefährlichste aller Krisen, den Krieg, ausgerichtet werden. In einer Interpellation fordert sie eine entsprechende Fähigkeitsanalyse des Zivilschutzes.

Der Aspekt Krieg soll in eine bereits laufende Untersuchung des Bundesamts für Bevölkerungsschutz integriert werden, die sich mit den Folgen der klimabedingten Naturgefahren auseinandersetzt. Weiter will Riniker wissen, wie gut der Zivilschutz für den Fall extremer Zerstörungen aufgestellt ist. Bei der Trümmerrettung, aber auch bei Evakuierungen oder dem Kulturgüterschutz geht es letztlich um eine Vertiefung der Kooperation aller Akteure im Inland.

Austausch pflegen

Die Autoren der Studie weisen auch auf die Bedeutung der internationalen Zusammenarbeit hin. Bereits heute kooperiert der Schweizer Bevölkerungsschutz intensiv mit den Partnerorganisationen der Nachbarländer. Denn ein Erdbeben in Basel wäre genauso wenig allein zu bewältigen wie ein Luftangriff auf kri-

Neue Zürcher Zeitung

Neue Zürcher Zeitung
8021 Zürich
044/ 258 11 11
<https://www.nzz.ch/>

Medienart: Print
Medientyp: Tages- und Wochenpresse
Auflage: 84'518
Erscheinungsweise: 6x wöchentlich



Seite: 9
Fläche: 44'511 mm²

Auftrag: 3007101
Themen-Nr.: 999.222

Referenz: 88278853
Ausschnitt Seite: 2/2

tische Infrastrukturen, etwa den Stern von Laufenburg, der die Stromnetze der Schweiz, Deutschlands und Frankreichs verbindet.

Der Bevölkerungsschutz soll laut der Studie bei internationalen Kooperationen auch dort andocken, wo die Daten und Erfahrungen aus der Ukraine zusammenfließen. Eine modernisierte Gesamtverteidigung bedeutet demnach nicht einen Rückzug hinter die Landesgrenze, sondern einen gegenseitigen Austausch: damit eine apokalyptische Lage wie in der Ukraine verhindert werden kann.